

**Beschlussempfehlung mit Stellungnahmen zum Entwurf eines Gesetzes über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes**

**Drucksache JuP-19/6**

**Die Seiten 1 und 2 (Beschlussempfehlung) enthalten das Arbeitsergebnis des Innenausschusses.**

Sofern Änderungen am Text des Antrages empfohlen werden, sind diese auf der Seite 2 so einzutragen, dass eine Zuordnung zum ursprünglichen Textentwurf eindeutig ist.

In der rechten Spalte ist je nach Zusammenhang zu vermerken:

- unverändert
- entfällt
- wird wie folgt geändert: .....
- neu eingefügt: .....

**Die Seiten 3 und 4 enthalten die Berichte der mitberatenden Ausschüsse.**

Seite 3 wird ausgefüllt vom Arbeitsausschuss, Seite 4 vom Gleichstellungsausschuss.

Der Bericht soll in prägnanter Form zum Ausdruck bringen, was der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mitzuteilen hat. Er kann enthalten:

- allgemein gehaltene Hinweise auf wichtige Aspekte, die bei der Abfassung der Beschlussempfehlung Berücksichtigung finden müssen,
- Hintergrundinformationen und kurze Erläuterungen von Zusammenhängen, die dem federführenden Ausschuss so möglicherweise nicht bekannt sind.

**Beschlussempfehlung  
des Innenausschusses**

**zum Entwurf der Bundesregierung  
- Drucksache JuP-19/2 -**

**Gesetz über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von  
Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des  
Bundes**

**Beschlussempfehlung**

Das Parlament wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache JuP-19/2 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung  
ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 12. April 2019

**Der Innenausschuss**

**Vorname Name**

Vorsitzende / Vorsitzender

**Vorname Name**

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Mobilnummer:

**Zusammenstellung****„Gesetz über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes“**

– Drucksache JuP-19/2 –

mit den Beschlüssen des Innenausschusses

**Entwurf****Gesetz über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes**

§ 1 Bewerbungsmappen für Stellen als Angestellte oder Beamtinnen und Beamte bei den Behörden des Bundes dürfen Folgendes nicht enthalten:

- Hinweise zum Geburtsort,
- Hinweise zum Geburtsdatum
- Hinweise zum Vor- und Familiennamen
- Hinweise zur Anschrift
- Fotos der Bewerberin oder des Bewerbers.

In der Bewerbungsmappe beigefügten Unterlagen wie Nachweisen und Zeugnissen sind sie zu schwärzen.

§ 2 Bewerberinnen und Bewerber dürfen ihre Nationalität nicht nennen. Bei Bewerbungen für Stellen als Beamte ist jedoch zu bestätigen, dass die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats der EU, der Schweiz, Islands, Norwegens oder Liechtensteins vorliegt.

§ 3 Das Anschreiben mit Namen und Anschrift der Bewerberin oder des Bewerbers ist bei Eingang mit einer identischen Kennziffer zu markieren wie die Bewerbungsmappe. Die beiden Unterlagen sind zu trennen, bis die Liste der zu Bewerbungsgesprächen Einzuladenden erstellt ist.

**Beschlüsse des Innenausschusses****Gesetz über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes**

## **Stellungnahme des Arbeitsausschusses an den Innenausschuss**

**Der Arbeitsausschuss hat den auf Drucksache JuP-19/2 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes beraten und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:**

Berlin, den 12. April 2019

### **Der Arbeitsausschuss**

#### **Vorname, Name**

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

---

#### **Vorname, Name**

Stellv. Vorsitzender / Vorsitzender

Mobilnummer:

## **Stellungnahme des Gleichstellungsausschusses an den Innenausschuss**

**Der Gleichstellungsausschuss hat den auf Drucksache JuP-19/2 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes beraten und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:**

Berlin, den 12. April 2019

Der Gleichstellungsausschuss

**Vorname Name**

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

**Vorname Name**

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

---